

Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung

über den Antrag 186/A(E) der Abgeordneten Josef Broukal, Kolleginnen und Kollegen betreffend Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Studium

Die Abgeordneten Josef Broukal, Kolleginnen und Kollegen haben am 9. Juli 2003 den gegenständlichen Entschließungsantrag im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Die Einführung der Studiengebühren führte zu vermehrter Erwerbstätigkeit bei den StudentInnen, gut zwei Drittel sind bereits während der Vorlesungszeit berufstätig, geht aus den Ergebnissen des aktuellen Berichts der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur zur sozialen Lage der Studierenden hervor.

Knapp die Hälfte der Studierenden verspürt aufgrund der Studiengebühren einen höheren Finanz- und Zeitdruck, ein Drittel gibt an, die Erwerbstätigkeit ausgeweitet zu haben. Die Erwerbstätigkeit ist zugleich der häufigste Grund, um das Studium abzubrechen. Die Studierenden geben auch an, dass keine Verbesserungen im Studienalltag zu bemerken sind bzw. sich die Studiensituation sogar verschlechtert hat.“

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung hat den erwähnten Antrag erstmals in seiner Sitzung am 4. November 2003 in Verhandlung genommen. Nach der Berichterstattung durch die Abgeordnete Mag. Andrea **Kuntzl** ergriffen in dieser Sitzung die Abgeordneten Dr. Gertrude **Brinek**, Josef **Broukal**, DDr. Erwin **Niederwieser** und die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Elisabeth **Gehrer** in der Debatte das Wort.

Aufgrund eines Antrages der Abgeordneten Dr. Gertrude **Brinek** beschloss der Ausschuss mit Stimmenmehrheit, die Verhandlung über die Vorlage zu vertagen.

In der Sitzung am 1. Juli 2004 nahm der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung die Verhandlung über den gegenständlichen Entschließungsantrag wieder auf. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Josef **Broukal**, Dr. Gertrude **Brinek** und Dr. Kurt **Grünwald** sowie die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Elisabeth **Gehrer**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Antrag nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2004 07 01

Dipl.-Ing. Elke Achleitner

Berichterstatlerin

Mag. Dr. Magda Bleckmann

Obfrau